



AGDF ■ Endericher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endericher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0
Telefax: 0228/24999-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung 2021

Frieden, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung als Prioritäten deutscher Politik

- Erwartungen an die neue Bundesregierung

Die Situation in der Welt ist erschreckend: Über 80 Mio. Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Not. Kriege in Mali, der DR Kongo, Syrien, und im Jemen kommen trotz oder gerade wegen internationaler Beteiligung zu keinem Ende. Afghanistan befindet sich in einer extrem schwierigen Lage, der überstürzte Abzug des westlichen Militärs macht das Scheitern militärischer Interventionen offenkundig. Weltweit wird hochgerüstet, Atomwaffen werden modernisiert. Der Machtkampf zwischen USA, China, Russland unter anderem Staaten verschärft sich, die UN sind schwach. Die Bemühungen zur Bewältigung der Klimakrise sind völlig unzureichend, die wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit nimmt auch in Folge der COVID19-Pandemie tendenziell zu. Menschenrechte werden in vielen Ländern eklatant verletzt, Nichtregierungsorganisationen drangsaliert. Hass und Populismus gewinnen an Einfluss - auch in unserem Land.

Die Politik hat bislang keine wirksamen Strategien und Konzepte gegenüber diesen dramatischen Veränderungen entwickelt. Aus den Erfahrungen unseres zivilgesellschaftlichen Engagements im In- und Ausland wissen wir: Alternativen sind möglich.

Der Einsatz für Frieden, mehr Gerechtigkeit und die Umsetzung der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung¹ muss daher für die neue Bundesregierung Priorität haben.

Konkret fordern wir von Bundestag und Bundesregierung:

- Eine **ressortübergreifende prioritäre Politik**, die sich den Zielen der Agenda 2030 verpflichtet weiß, insbesondere der Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und dem Umweltschutz²;

¹ Die **Ziele für nachhaltige Entwicklung** (englisch Sustainable Development Goals (SDGs), Synonym: Agenda 2030), sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Die Ziele wurden in Anlehnung an den Entwicklungsprozess der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) entworfen und traten am 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) in Kraft. Im Unterschied zu den MDGs, die insbesondere „Entwicklungsländern“ galten, gelten die SDGs für alle Staaten.

- den **Verzicht auf militärische Interventionen** als Mittel der Politik, stattdessen den Ausbau der Ressourcen und handlungsfähiger Strukturen für **Krisenprävention** und gewaltfreie Konfliktbearbeitung sowie den Ausbau der Programme der zivilen Friedensförderung und **internationalen Verständigung**;
- Abrüstung anstelle der geplanten weiteren Anhebung des Militäretats sowie den Einsatz für Verträge zur Rüstungsbegrenzung und **Abrüstung**;
- den Einsatz für ein Abkommen zur weltweiten **Ächtung autonomer Waffen** sowie den Verzicht Deutschlands auf die Anschaffung von **Kampfdrohnen** und eine kritische Überprüfung der Rolle des US-Stützpunktes Ramstein als Drehscheibe der US-amerikanischen Drohneneinsätze;
- den Beitritt zum **Nuklearwaffenverbotsvertrag** und als Konsequenz die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO;
- den Einsatz gegen die weitere Militarisierung der **Europäischen Union**, stattdessen Maßnahmen zur Stärkung des Friedenspotentials der EU, der **Vereinten Nationen**, der OSZE und des Internationalen Gerichtshofes;
- den Stopp von Waffenlieferungen. Schritte dorthin sind ein sofortiger Exportstopp in Krisenregionen sowie als Zwischenschritt eine restriktive gesetzliche Regelung aller **Rüstungsexporte** und eine Begründungspflicht für Exportgenehmigungen;
- die Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensbildung in Deutschland;
- ein Demokratiefördergesetz und eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements;
- die konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sowie eine Ausrichtung der Politik an Menschenrechten und an Menschenwürde;
- den Einsatz für eine weltoffene und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert wird, Geflüchtete an den EU-Außengrenzen menschenrechtskonform behandelt werden und international verbriefte Rechte von Migrant*innen umgesetzt werden.

Die Mitglieder der AGDF mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen in ziviler Konfliktbearbeitung, internationalen Friedensdiensten und lokaler Friedensbildung stehen für die zivilgesellschaftliche Mitgestaltung einer aktiven deutschen Friedenspolitik.

Wetzlar, den 25. September 2021

² Dabei sollte die neue Bundesregierung u.a. die 2017 beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ weiterentwickeln und konkretisieren.